



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 156. Ratssitzung vom 1. Oktober 2025

5202. 2025/348

Weisung vom 22.08.2025:

Tiefbauamt, Ersatzneubau Rathausbrücke über die Limmat, Zusatzkredit

Michael Schmid (FDP) stellt den Ordnungsantrag auf normale Behandlung des Geschäfts und Verzicht auf reduzierte Debatte gemäss Beschluss der GL.

Der Rat stimmt dem Beschluss der GL mit 77 zu 36 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Antrag des Stadtrats

1. Für den Ersatzneubau der Rathausbrücke über die Limmat wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 58 345 000.– gemäss Beschluss der Stimmberechtigten vom 24. November 2024 (GR Nr. 2024/100) ein Zusatzkredit von Fr. 18 600 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 76 945 000.– (Preisstand 1. Oktober 2023, Schweizerischer Baupreisindex, Tiefbau, Grossregion Zürich).
2. Die Ausgaben stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Konzession und Bewilligung durch das kantonale Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Schlussabstimmung:

Markus Knauss (Grüne): *Wieder einmal sprechen wir über das Herz der Stadt Zürich. Offiziell heisst das Projekt Rathausbrücke, aber wir alle kennen sie als Gemüsebrücke. Dazu gab es am 24. November 2024 eine Volksabstimmung über einen Kredit von 58 Millionen Franken. Eine deutliche Mehrheit der Stimmberechtigten hat dem Kredit mit 76 Prozent zugestimmt. Heute sprechen wir nicht mehr über das Projekt selbst, das unverändert bleibt, sondern über die Kosten. Das Projekt Rathausbrücke besteht grundsätzlich aus zwei Teilen. Einerseits geht es um Hochwasserschutzmassnahmen wie der Sohlenabsenkung der Limmat und andererseits um den Brückenbau und der damit verbundenen Hochwasserschutzmassnahme. Der Kanton Zürich hat festgelegt, dass die Gemüsebrücke nicht mehr mit drei Pfeilern bestehen bleiben kann, da die Durchflussmenge zu klein sei. Einen Pfeiler zu entfernen, ist bei der bestehenden Brücke nicht möglich, weshalb wir über den Brückenneubau sprechen. Der Kanton wird einen Hochwasserentlastungstunnel zwischen dem Sihltal und dem Zürichsee errichten. Bei Hochwasser wird mehr Wasser auf die Stadt Zürich zukommen und wenn die Abflussmenge*



nicht garantiert ist, kann es zu Überschwemmungen kommen. Die Situation ist unangenehm, da die vom Volk bewilligten 58 Millionen Franken nicht ausreichen. Die Mehrkosten haben Gründe. Die Stadt Zürich hatte die Flusssohlenabsenkung separat ausgeschrieben. Nach zwei Monaten hatte sich kein Unternehmer gefunden, weshalb das Verfahren abgebrochen werden musste. Nach der Volksabstimmung hat man zwischen April und Juni 2025 einen zweiten Anlauf gestartet und die beiden Projektbestandteile zu einem Submissionsverfahren zusammengeführt. Auf diese Ausschreibung gingen zwei Angebote ein, mit allerdings deutlich höheren Beträgen als 58 Millionen Franken. Die Unternehmer begründeten die Mehrkosten damit, dass verschiedene Anpassungen am ausgeschriebenen Projekt nötig seien. Erstens sind im engen städtischen Raum keine Logistikflächen für die Baustelleninstallation auf Strassen oder Plätzen verfügbar. Dafür braucht es Platz auf dem Fluss selbst, was scheinbar mehr kostet, als sich das der beauftragte Ingenieur vorgestellt hatte. Zweitens fallen erhebliche Mehrkosten für den Stahlbau an und die Abrisskosten und Bauhilfsmassnahmen für den Rückbau der alten Brücke sind teurer geworden. Drittens haben beide Unternehmer die Flusssohlenabsenkung ähnlich, aber deutlich teurer als angenommen, offeriert. Es gibt einen Gesamtkredit von knapp 77 Millionen Franken. Der Kanton wird den ebenfalls teureren Wasserbauanteil von 12 Millionen Franken übernehmen, da er die Hoheit über die Gewässer hat und die Hochwasserschutzmassnahmen finanzieren muss. Einen weiteren kantonalen Beitrag gibt es, da der Restwert der Brücke noch nicht komplett abgeschrieben ist. Nun zur Mehrheit der Kommission: Die deutliche Zustimmung der Stimmbevölkerung zum Projekt Rathausbrücke hat durchaus Gründe. Einerseits gibt es einen Sachzwang, da wir bei den Hochwasserschutzmassnahmen wenig Spielraum haben. Andererseits trägt sie den Geist des Betonzeitalters der 70er-Jahre. Mit dem neuen Projekt erhalten wir einen schönen, filigranen Brückenneubau, der gut ins Herz der Stadt passt. Die Sachkommission Sicherheitsdepartement/Verkehr (SK SID/V) beantragt, die Kostensteigerung von 18,6 Millionen Franken gutzuheissen. Wir haben uns von den anwesenden Vertretern des Tiefbauamts überzeugen lassen, dass diese Mehrkosten sehr unerwartet entstanden und wir nicht um sie herumkommen. Alternativ – so wurde es in der Kommission ausgeführt – wird der Kanton auf diese Hochwasserschutzmassnahmen und die Entfernung bestehen. Für die Mehrheit der Kommission ist es keine Option, gar keine Gemüsebrücke mehr zu haben. Wir wollen eine neue, attraktive Brücke im Herzen der Stadt Zürich und sind daher bereit, einen hohen Beitrag zu sprechen. Sie können sich vorstellen, dass wir das nicht mit Begeisterung tun. Die Alternative, diesen wertvollen Platz in der Stadt zu verlieren, wird jedoch als die schlechtere angesehen.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

Derek Richter (SVP): Im November 2024 hat der Souverän sich mit 114 000 Stimmen an dieser Abstimmung beteiligt: 75 Prozent haben zugestimmt, 25 Prozent waren dagegen. Die SVP war die einzige Partei, die sich gegen diesen hoffnungslos überteuerten Bau gestellt hat. Dieser wurde stets teurer. In der Branche ging man von 30 bis 40 Millionen Franken aus. Selbstverständlich war dort kein Zürich-Finish dabei. Heute können wir ein kapitaales Staatsversagen feststellen. Wir sind nicht bereit, 18,6 Millionen Franken mehr für diese Fehlplanung zu sprechen. Wer kauft etwas ohne eine konkrete Offerte



und legt diese dann dem Souverän vor? Wohl niemand mit Verstand. Mittlerweile gibt es schon Verschwörungstheorien, ob es sich um ein Rennen zwischen dem Tiefbauamt und dem Hochbauamt handle. Wer macht nicht die besseren Bauten, sondern richtet den grösseren Schaden für die Steuerzahler an? Das Tiefbauamt (TAZ) hat bereits viele Fehlleistungen wie das Projekt Wache Nord vorzuweisen. Bei der Rathausbrücke hat man es nicht mal geschafft, den Verwaltungsaufwand einzuberechnen. Jetzt haben wir die Bescherung von knapp 19 Millionen Franken. Zwar fällt das – natürlich rein zufällig – knapp unter 20 Millionen Franken, ist aber immer noch referendumsfähig. Das TAZ verursacht Mehrkosten und Fehlplanungen. Was uns in der Kommissionsarbeit schockiert hat, ist die Frage nach den Konsequenzen. Niemand muss die Konsequenzen tragen. Nur Prozesse werden angepasst. Das ist völlig ineffizient. Nehmen wir an, wir würden den Zusatzkredit nicht sprechen, dann würde der Kanton die Brücke abreißen und die Flusssohlenvertiefung selbst durchführen. Wir würden dann ohne Gemüsebrücke dastehen. Dann hätten wir jedoch genug Zeit, jemanden zu finden, der sich mit Bauen tatsächlich auskennt. Diese Kompetenz fehlt der Stadt Zürich offensichtlich.

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): *Ich war erstaunt, dass ich der erste auf der Rednerliste war – dass zu so einer Skandalweisung niemand etwas zu sagen hat. Man merkt, dass man seine Stadträtin massiv in Schutz nimmt, aber zufrieden ist man nicht. Ich weiss nicht, wie die Verwaltung Markus Knauss (Grüne) überzeugen konnte. Mich hat sie nicht überzeugt. Die Thematik mit den stets teurer werdenden Weisungen begann mit dem Schulhaus Leutschenbach. Darauf folgten die Tonhalle und diverse weitere Beispiele. Bei der Wache Nord ist es ähnlich wie bei der Rathausbrücke. Ursprünglich mit 60 Millionen Franken berechnet, kostete sie plötzlich 85 Millionen Franken. Nachdem wir aufgrund von Zweifeln ein Untersuchungsgutachten in Auftrag gegeben hatten, kostete sie sogar 102 Millionen Franken. Für die Brücke wurde ein Ingenieurbüro beauftragt, doch bei der Nachprüfung der Verwaltung hat man gemerkt, dass die Verwaltungskosten vergessen gegangen sind. Jetzt kostet das Projekt anstatt 35 Millionen neu 58 Millionen Franken. In dieser Verwaltung voller Spezialisten sind teuer bezahlte Mitarbeiter nicht in der Lage, solche Kosten zu eruieren. Ich weiss nicht, wie man da so viel Verständnis zeigen kann. Bei 20 Millionen Franken Mehrkosten hätten wir wieder in eine Volksabstimmung gehen müssen. Dass es genau 19 Millionen Franken sind, ist schon komisch. Ich wette, dass es nochmals einen Zusatzkredit geben wird, wodurch wir dann über 20 Millionen Franken wären. Es ist bedenklich, wie Mitarbeiter mit solchen Löhnen sich derartige Fehler erlauben können und keine Konsequenzen tragen müssen. Gelernt hat man nichts. Eine Weisung nach der anderen verlangt derartige Nachtragskredite. STR Simone Brander und STR André Odermatt, es ist an der Zeit, in eurem Laden aufzuräumen.*

Reis Luzhnica (SP): *Ich möchte kurz erklären, wieso wir trotz der Bedenken, der Mehrkosten und unserem Unmut der Weisung zustimmen. Einerseits glauben wir nicht wie Derek Richter (SVP) an Verschwörungstheorien. Andererseits war das Projekt von Beginn an sehr teuer. Wir in der Kommission sind keine Experten auf dem Gebiet. Dass das Projekt teurer wurde und die Mehrkosten überraschend anfielen, ist uns allen sauer*



aufgestossen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir das Planungskonzept solcher Projekte überdenken müssen. Das hat auch die Verwaltung verstanden und lässt das in zukünftige Projektplanungen miteinfließen. Sich jetzt dagegenzustellen, ist einfach. Die Situation ist praktisch alternativlos, egal was die SVP sagt. Keine Gemüsebrücke mehr in der Stadt ist für niemanden ausser Derek Richter (SVP) eine Alternative. Ausserdem würde sich der Kanton bei einer Verzögerung des Projekts aufgrund des kleiner werdenden Restwerts der Brücke weniger beteiligen. Da die Vorgaben des Kantons eine neue Brücke vorsehen, können wir nicht anders, als das Projekt zu unterstützen. Die Mehrkosten wurden begründet und ich glaube, dass die Stadt ihre Lektion gelernt hat.

Sandra Gallizzi (EVP): Als ich von dem Zusatzkredit für die Rathausbrücke in der Höhe von 18,6 Millionen Franken hörte, war ich erst mal sprachlos. Ich vermute, dass ich nicht die Einzige war. Die Bevölkerung hat im Jahr 2024 einem Kredit von 58,345 Millionen Franken für den Ersatzneubau der Rathausbrücke und die diversen Massnahmen zur Flusssohlenabsenkung sowie archäologischen und ökologischen Ersatzmassnahmen zugestimmt. Jetzt sollen plötzlich nochmals 18,6 Millionen Franken wegen unvorhersehbarer Kostensteigerung bewilligt werden. Man fragt sich schon, wie es dazu kommen konnte. Dass die Empörung in der Bevölkerung und in den Medien gross ist, ist nachvollziehbar. Aber wie Reis Luzhnica (SP) schon gesagt hat, gibt es eigentlich keine Alternative. Wir sind nicht begeistert davon, dass dieses Projekt noch teurer werden soll, und hoffen, dass es bei diesen 18,6 Millionen Franken bleibt. Die Rathausbrücke und den Hochwasserschutz brauchen wir und gleichzeitig wollen wir nicht riskieren, dass der Kanton uns die Brücke abreisst, da wir sonst ohne dastehen. Es bleibt nur übrig, dass auch die Die Mitte/EVP-Fraktion dieser Weisung – zähneknirschend – zustimmt.

Martina Zürcher (FDP): Die FDP hat sich mit dieser Weisung sehr schwergetan, weshalb wir in der Kommission noch in der Enthaltung waren. Eine Brückensanierung ist, wie gesagt, mit den Hochwasservorgaben des Kantons nicht zu vereinbaren. Die Rathausbrücke ist eine der kürzesten Brücken und hat einen zu kleinen Durchfluss, da die Limmat dort so schmal ist. Die bestehende Konzession läuft im Jahr 2028 aus. Im schlimmsten Fall hätten wir dann keine Brücke mehr. Die Frage lautet: zahlen oder schwimmen? Weiterhin stellen wir fest, dass die Krankheit der starken Verteuerung aller grösseren Bauprojekte ansteckend ist. Nach dem Vorsteher des Hochbaudepartements ist nun auch die Vorsteherin des Tiefbaudepartements daran erkrankt. Gerade hinsichtlich der kalten Jahreszeit hat sich die FDP widerwillig für das Zahlen entschieden.

Michael Schmid (AL): Mein Votum steht im Kontrast zu dem, was ich von zwei Rednern der SVP gehört habe. Bei ihnen denkt man, dass sie in der Kommissionsberatung dieses Geschäfts gar nicht dabei waren. Ihre Voten hätten einen Punkt, wenn es bei diesem Projekt einen Planungsfehler gegeben hätte oder die höheren Kosten durch eine Neuplanung zustande gekommen wären. Auch die Kritik am Staat ist sehr gesucht. Die Schätzung der falschen Kosten wurde von einem privatwirtschaftlichen Unternehmen durchgeführt. Auch die höheren Eingaben bei der Submission wurden von privatwirtschaftlichen Unternehmen erstellt. Wenn man also will, dass sich etwas ändert, sollte der Staat mehr Aufgaben übernehmen. Dem Vorschlag von Martina Zürcher (FDP)



könnte man einen Fährbetrieb als weitere Option anfügen. Aber bei dieser Brücke geht es nicht nur darum, den Fluss zu überqueren. Sie ist auch ein zentraler Aufenthaltsort im Kreis 1, dessen Erhaltung auch mit Zähneknirschen durchaus sinnvoll ist.

Dr. Roland Hohmann (Grüne): *Auch wir halten weder eine Seilbrücke, einen Fährbetrieb noch Schwimmen für eine Option. Darum sprechen wir uns zähneknirschend fürs Zahlen aus. Die SVP fordert Konsequenzen. Wie Michael Schmid (AL) bereits angetönt hat, müssten die Konsequenzen vom Ingenieurbüro getragen werden, das den Kostenvoranschlag erstellt hat. Eine weitere Abstimmung würde eine Verzögerung von einem Jahr bedeuten. Das Gewerbe hat entsprechende Planungen zum Abriss und Neubau gemacht und würde es wohl nicht goutieren, wenn es ein weiteres Jahr warten müsste.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos): *Wenn man dieser Debatte zuhört, kann man sie nur noch unter das Stichwort «die normative Kraft des Faktischen» setzen. Es heisst, Vogel friss oder stirb. Das ist natürlich eine ganz ungemütliche Situation. Wenn man auf eine solche zusteuert, kann eine Verwaltung eigentlich machen, was sie will, da die Situation alternativlos ist. Ich denke hier aber weiter. Der Vierwaldstättersee, der Genfersee, der Neuenburgersee und der Bodensee haben keine Wehre, wo das Wasser abfließen könnte. Der Zürichsee ist der einzige mit einem Wehr, das den Abfluss regelt. Wenn das nicht hier, sondern im «Drahtschmidli» unten wäre, wäre der Durchfluss anders und wir hätten dieses Problem nicht. Aber auf den Gedanken eines Abbruchs des Wehrs im «Drahtschmidli» ist niemand gekommen: Freies floaten für den Zürichsee.*

Sven Sobernheim (GLP): *Nach dem Votum von Martina Zürcher (FDP) muss ich betonen, dass die GLP immer noch der Meinung ist, dass man das Schwimmen in der Limmat legalisieren sollte. Wir waren auch nicht begeistert von den 19 Millionen Franken, aber bei uns wurde dies eher mit Achselzucken entgegengenommen. Wenn ich Ihnen allen zuhöre, sollte der Stadtrat nächstes Mal direkt mit einem Kredit von 150 Millionen Franken kommen, um im Nachhinein sagen zu können, dass sie 40 Millionen Franken weniger ausgegeben haben. Damit wären dann alle glücklich. Ich glaube nicht, dass die Volksabstimmung oder die Debatte im Rat anders geendet hätten, wenn wir über 75 Millionen oder 95 Millionen Franken diskutiert hätten. Ausser Sie studieren die Baukosten so detailliert wie ein Bauingenieur. Das traue ich Ihnen dann aber doch nicht zu. Wir müssen daher überlegen, was uns lieber ist: dass der Stadtrat ab und an mit einem Nachtragskredit kommt, weil die Ausschreibung teurer wurde als gedacht, oder dass er in Zukunft überall 40 Prozent mehr einkalkuliert. Die Entscheidung überlasse ich Ihnen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Ihr konntet es in den Zeitungen lesen; in einer Zeitung sogar etwas früher als in der Medienmitteilung der Stadt Zürich. Es ist ärgerlich, aber der Ersatz der Rathausbrücke wird teurer. Ich kann euch versichern, dass es mir kein Vergnügen ist, jetzt vor euch zu stehen und kurz nach der Volksabstimmung diese Mehrkosten zu*



beantragen. Die Rathaus- oder im Volksmund Gemüsebrücke ist eben nicht irgendeine Brücke. Schon im historischen Zürich war sie nicht bloss ein Steg wie andere Übergänge über die Limmat, sondern eine Verbindung zwischen beiden Stadthälften – schon fast eine Piazza über dem Wasser. Die Rathausbrücke ist auf eine Art das Herzstück des alten Zürichs. Die Erstellung eines Ersatzneubaus der Brücke ist, wenn wir bei diesem Bild bleiben, eine Operation am offenen Herzen der Stadt. Es wäre weniger aufwendig, den gesamten Bereich während der Bauzeit zu sperren. Wir versuchen jedoch wie immer bei Baustellen, alle möglichen Verbindungen offen zu halten. Das macht so ein Bauprojekt weder einfacher noch günstiger. Wir haben die unangenehme Situation, dass wir die Kostenschätzung vor knapp zwei Jahren als plausibel betrachteten. Zwei Angebote sind als Antwort auf die Ausschreibung eingegangen. Die bessere von beiden hat man im Detail geprüft. Da sind wir erneut zum Schluss gekommen, dass diese nachvollziehbar sind. In der Weisung ist aufgeführt, dass ein grosser Teil der Mehrkosten auf die aufwendigen Bauinstallationen, die aufwendigeren Stahlbauten und auch auf den Wasserbau zurückzuführen sind. Wir wussten, dass dies komplex ist und es nur wenige Unternehmen gibt, die überhaupt im Stande sind, ein solches Bauwerk zu realisieren. Leider sind wir auch nicht die einzigen, die Bauarbeiten vergeben. Ich kann euch und der Stimmbevölkerung versichern, dass wir nach bestem Wissen und Gewissen vorgegangen sind. Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Kostenschätzungen und Offerten keine Punktländungen sind. Dass wir aber so weit danebenliegen, ist aussergewöhnlich. Ich bitte um euer Verständnis und danke besonders der Kommission, die die Weisung so speditiv behandeln konnte. Begeisterung über die Mehrkosten wäre logischerweise fehl am Platz, da teile ich die Einschätzung aller, die sich entsprechend geäussert haben.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit:	Referat: Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Oliver Heimgartner (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Severin Meier (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) i. V. von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Michael Schmid (AL), Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Guy Krayenbühl (GLP)
Minderheit:	Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP)
Enthaltung:	Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP)
Abwesend:	Reis Luzhnica (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 14 (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



7 / 7

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für den Ersatzneubau der Rathausbrücke über die Limmat wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 58 345 000.– gemäss Beschluss der Stimmberechtigten vom 24. November 2024 (GR Nr. 2024/100) ein Zusatzkredit von Fr. 18 600 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 76 945 000.– (Preisstand 1. Oktober 2023, Schweizerischer Baupreisindex, Tiefbau, Grossregion Zürich).
2. Die Ausgaben stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Konzession und Bewilligung durch das kantonale Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 8. Oktober 2025 gemäss Art. 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 8. Dezember 2025)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat